

Offener Brief

An die Bundesministerin für Gesundheit
Nina Warken
Bundesministerium für Gesundheit
Rochusstraße 1

53123 Bonn

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

mit großer Sorge und wachsendem Unverständnis verfolgt die *Wir! Stiftung pflegender Angehöriger* die Entwicklung des aktuellen Pflege neuordnungsgesetz.

Die als „Strukturreform“ angekündigten Maßnahmen bleiben aus unserer Sicht nicht nur hinter den Erwartungen zurück, sondern verschärfen zentrale Probleme der Versorgung.

Was als Entlastung kommuniziert wird, führt in der Praxis zu mehr Bürokratie, eingeschränkten Handlungsspielräumen und finanziellen Engpässen in der häuslichen Pflege. Es führt zu einer weiteren Verlagerung von Verantwortung auf Familien.

Finanzielle Mittel werden vorwiegend in Verwaltungs- und Kontrollstrukturen gebunden, während die direkte Unterstützung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen geschwächt wird.

Besonders kritisch ist aus unserer Sicht, dass die Pflege weiterhin politisch überwiegend als Herausforderung des Alters adressiert wird. Tatsächlich sind jedoch auch zahlreiche Kinder, Jugendliche und jüngere Erwachsene auf Pflege angewiesen. Zugleich übernehmen viele junge Menschen als pflegende Angehörige Verantwortung und das oft unter Bedingungen, die ihre Bildungs- und Entwicklungschancen erheblich beeinträchtigen. Auch diese Realität wird im Gesetz nicht angemessen berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- **Transparenz und Rechenschaft über die Mittelverwendung**

Die Verwendung der Beiträge zur Pflegeversicherung muss nachvollziehbar und konsequent an den Bedarfen der Betroffenen ausgerichtet werden. Es ist nicht akzeptabel, dass steigende Beiträge mit Einschränkungen im häuslichen Leistungsbezug einhergehen, während gleichzeitig Verwaltungs- und Kontrollstrukturen ausgebaut werden.

- **Verbindliche Rechte und echte Selbstbestimmung**

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen als zentrale Akteure anerkannt werden. Wir fordern rechtlich abgesicherte Wahl- und Mitbestimmungsrechte sowie flexible Leistungsbudgets, die eine bedarfsgerechte Versorgung ermöglichen, statt sie durch starre Vorgaben zu behindern.

- **Vereinbarkeit Pflege und Beruf, Rentenkürzungen, Schutz vor Altersarmut:**

Die Pflege eines Angehörigen darf nicht länger ein existenzielles Armutsrisiko darstellen. Die im aktuellen Entwurf vorgesehenen massiven Kürzungen bei den

Rentenversicherungsbeiträgen für pflegende Angehörige um rund 30 Prozent sowie das geplante Entfallen zusätzlicher Rentenansprüche nach Erreichen der Regelaltersgrenze sind ein fatales Signal. Wer heute die gesellschaftlich unschätzbare Arbeit der häuslichen Pflege übernimmt, darf dafür im Alter nicht mit staatlich induzierter Armut bestraft werden. Wir erwarten den Ausbau der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie der sozialen Absicherung im Rentenrecht.

- **Schutz und Unterstützung für junge Pflegende und jüngere Pflegebedürftige**

Die Situation von Young Carers sowie von pflegebedürftigen Kindern und jüngeren Menschen muss systematisch erfasst und politisch wahrgenommen werden. Erforderlich sind bundesweit verlässliche Unterstützungs- und Entlastungsstrukturen, die sicherstellen, dass Pflege nicht zu Lasten von Bildung, Gesundheit und Zukunftschancen geht.

- **Anerkennung der Grenzen familiärer Pflege**

Die Annahme, dass familiäre Pflege dauerhaft und flächendeckend die Versorgung trägt, ist angesichts demographischer und gesellschaftlicher Entwicklungen nicht haltbar. Wir fordern den Aufbau verlässlicher, langfristiger Strukturen, die professionelle und informelle Pflege sinnvoll verzahnen, statt Verantwortung einseitig zu verlagern.

- **Klare rechtliche Rahmenbedingungen für informell Pflegende**

An- und Zugehörige, informell Pflegende und Pflegepersonen benötigen eine eindeutige rechtliche Verankerung mit klar definierten Tätigkeitsbeschreibungen und Unterstützungsansprüchen.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, eine bedarfsgerechte Versorgung lässt sich nicht auf einer subsidiären Basis sicherstellen. Bereits heute stoßen viele Familien an ihre physischen, psychischen und finanziellen Grenzen. Viele Pflegende werden gezwungen, aus dem Beruf auszusteigen oder ihre Arbeitszeit drastisch zu reduzieren, weil die Verzahnung von Pflege und Beruf strukturell nicht unterstützt wird. In einem zunehmend komplexen und bürokratisch gesteuerten System stellt sich daher die Frage, wie die tatsächliche Versorgungsqualität entlang realer Handlungsketten überhaupt noch verlässlich gewährleistet werden kann.

Ohne pflegende Angehörige ist die Pflege in Deutschland akut vom Kollaps bedroht.

Das vorliegende Reformvorhaben gibt aus unserer Sicht Anlass zur großen Sorge, da es Misstrauen fördern kann und den Konsolidierungsdruck in erheblichem Maße auf besonders verletzbare Gruppen in der Gesellschaft verlagert.

Wir erwarten stattdessen eine partizipative Pflegereform, die die Lebensrealitäten der Menschen jeden Alters in den Mittelpunkt stellt und nicht die Verwaltung von Mangel.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Bührlen
Stifterin, Vorsitzende
Wir! Stiftung pflegender Angehöriger